Bewerbung um ein Votum im Bezirksverband NrW

Dr. Ruth Seidl MdL

Persönlich
geboren 1953
verheiratet, drei Kinder, Wohnort Wassenberg im Kreis Heinsberg, Musikwissenschaftlerin,
Mitglied des Kunst- und Musikhochschulbeirates des Landes NRW

Politisch
verortet bei den Grünen seit 1991
von 1994-2000 Landesgeschäftsführerin Grüne NRW
seit 2000 Landtagsabgeordnete
von 2000-2005 zuständig für Bildung, Schule, Hochschule
in dieser Legislaturperiode: Wissenschafts-, forschungs- und innovationspolitische Sprecherin der Fraktion

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich heute erneut um einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste und möchte hierfür um Euer Votum bitten. Wie Ihr wisst, habe ich nun zwei Legislaturperioden lang als Mitglied der Grünen Fraktion im Landtag mitgearbeitet. Die ersten fünf Jahre in Regierungsverantwortung standen unter der Prämisse des Gestaltens, während wir in den vergangenen fünf Jahren unter Schwarz-Gelb konsequent den Kurs einer kritischen, bisweilen aufmüpfigen aber auch konstruktiven Opposition verfolgt haben. Wir genießen heute als Gesamtfraktion ein besonderes Ansehen was Fachlichkeit, Kreativität und Verlässlichkeit angeht. Die neue Fraktion sollte sich dieses Profil bewahren, daran möchte ich auch gerne in Zukunft mitwirken. Wenn ich zurückblicke, so habe ich seit meiner Zeit im Landesvorstand den Schwerpunkt gelegt auf bildungspolitische Fragestellungen und Projekte.
Dazu gehörte seit 1999 das Thema "Selbständige Schule", das im Landtagswahlkampf 2000 eine sehr eigenständige und viel beachtete Rolle gespielt hat und heute immer noch eines der großen, nicht wirklich umgesetzten Zukunftsfragen im Schulbereich darstellt. Dazu gehörte auch das Thema der Integration von Kindern mit und ohne Behinderung, für das wir unter Rot-Grün einen Fortschritt bei den weiterführenden Schulen erreicht haben.

Und schließlich ist es mir - bei zunächst außerordentlich großem Widerstand an der SPD-Front - gelungen, noch unter Steinbrück als Ministerpräsident und Kraft als Wissenschaftsministerin, die Einführung von allgemeinen Studiengebühren zu verhindern.

In der jetzigen Legislaturperiode habe ich mich überwiegend mit wissenschafts-, forschungs- und innovationspolitischen Fragestellungen befasst. Zu den großen Themen in diesem Bereich, die ich in die parlamentarische Debatte gebracht habe, gehört der sog. Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern.

Es ist ein Skandal, dass die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Schulzeitverkürzung und dem doppelten Abiturjahrgang keine vorausschauende Planung für zukünftige Studienplätze und Ausbildungsplätze sicherstellen kann. Trotz Studiengebühren müssen junge Menschen in überfüllten Hörsälen sitzen und ein schlecht betreutes Studium in Kauf nehmen. Sie müssen darüber hinaus die Folgen einer überstürzten Bologna-Reform ausbaden. Das Studium an unseren Hochschulen ist derzeit hochgradig verschult und lässt so gut wie keinen Raum für Kreativität und unkonventionelles Querdenken. Seit der Regierungsübernahme von Schwarz-Gelb entwickeln sich unsere Hochschulen stets weiter weg von ihrer ursprünglichen Aufgabe, Orte des Diskurses zu sein und Keimzelle für gesellschaftliche, soziale und technische Innovationen.
Zur Bilanz dieser neoliberalen Regierungspolitik gehört auch das klare Bekenntnis zur Ausweitung der Reaktorforschung und zu der ethisch umstrittenen Forschung an embryonalen Stammzellen. Um nachhaltige und wirklich innovative Konzepte für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, haben wir in der Fraktion fachübergreifend einen grünen Innovationsbeirat mit hochkarätigen WissenschaftlerInnen und ExpertInnen ins Leben gerufen. Für den Abschlussbericht dieses Gremiums werden wir vor der Landtagswahl konkrete Zielvorgaben und Projekte mit besonderen Innovationschancen benennen.

Die von Pinkwart eingeführten Studiengebühren haben die soziale Auslese in unserem Bildungssystem massiv verschärft. Die Studierendenquote hat seit 2006 einen absoluten Tiefpunkt erreicht und die Abbrecherquoten an den Hochschulen sind mit der vermurksten Umsetzung von Bachelor und Master enorm gestiegen. Anlass genug für zahlreiche Anträge, Gesetzesnovellen und Anhörungen in den letzten Jahren, um die Schwarz-Gelbe Koalition und ihren neoliberalen Wissenschaftsminister zu stellen, herauszufordern und zu treiben. Aber wir müssen auch weiterhin der drohenden Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft einen Riegel vorschieben. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Hochschulpolitik: für mehr Chancengerechtigkeit, für mehr eigenverantwortliches Lernen und Leben sowie für mehr Demokratie in unseren Bildungseinrichtungen. Für diese Ziele würde ich gerne weiter mit Euch kämpfen!

Mit herzlichen Grüßen

Eure Ruth Seidl